

Betriebsergebnis im ersten Halbjahr ist, beweisen viele Beispiele.

Als der Deutschlandplan des Volkes bekannt wurde, nutzten wir alle uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wie Mitgliederversammlungen der Partei- und Gewerkschaftsorganisation, Produktionsberatungen, Rote Treffs usw. aus, um alle Kollegen mit den Problemen vertraut zu machen. Die qualifizierten Genossen erhielten den Parteauftrag, diese Beratungen zu organisieren und zu den Problemen zu sprechen.

Unsere Parteileitung schätzte in jeder Leitungssitzung den Stand der Aussprachen ein. Dabei stellten wir fest, daß in den meisten Aussprachen die Frage aufgeworfen wurde, wie die Arbeiterklasse gegen die Atomrüstung in Westdeutschland kämpfen kann, wenn die rechten SPIJ-Führer die Arbeiterklasse verraten haben. Einige Kollegen zweifelten an der Möglichkeit, die Aktions-einheit herzustellen. Um diese Unklarheiten zu beseitigen, diskutierten wir mit den Kollegen über die Aktions-einheit und in diesem Zusammenhang über die Ereignisse in Japan und in W Ostdeutschland.

### **Der Deutschlandplan und die Ereignisse in Japan**

Wir erklärten unseren Kollegen, daß sich die japanische Volksbewegung, in der alle Schichten des Volkes kämpfen, gegen den Todespakt richtet, den die USA und die reaktionäre Kishi-Regierung Japan aufgezwungen haben. Die große Bewegung zeigt, daß den Hauptfeinden des Volkes halt geboten werden kann, wenn Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam handeln und an die Spitze der Volksaktionen treten.

Das deutsche Volk befindet sich in einer ähnlichen Lage wie das japanische Volk. Adenauer hat der westdeutschen Bevölkerung gegen ihren Willen die NATO-Verträge und die atomare Aufrüstung aufgezwungen. Die USA-Stützpunkte in Westdeutschland, die Politik der Atomrüstung Adenauers und Strauß' sind keine geringere Gefahr für die Bevölkerung Westdeutschlands als die Stützpunkte der USA in Japan für das japanische Volk. Große Teile der

Bevölkerung Westdeutschlands beugen sich daher nicht dem Terror Adenauers, sie kämpfen gegen die Kriegspolitik der Bonner Militaristen. Es ist durch vereinte Aktionen der Friedenskräfte unter der Führung der Arbeiterklasse möglich, auch in Westdeutschland den Willen des Volkes durchzusetzen. Das setzt aber die Aktionseinheit der Arbeiterklasse voraus, denn nur die gemeinsam handelnde Arbeiterklasse ist in der Lage, breite Schichten der Bevölkerung in den Kampf einzubeziehen. Wenn trotz vieler Gemeinsamkeiten der Arbeiter ganz Deutschlands das gemeinsame Handeln noch nicht zustande kam, dann trägt die rechte SPD-Führung dafür die Hauptverantwortung. Sie hat vor Adenauer kapituliert und ist der Arbeiterklasse in den Arm gefallen. Deshalb muß die SPD-Führung gezwungen werden, sich auf ihre Verantwortung zu besinnen.

Wir zeigten unseren Kollegen natürlich auch, daß unter den sozialdemokratischen Arbeitern in Westdeutschland die Bereitschaft vorhanden ist, gegen die atomare Kriegsvorbereitung zu kämpfen. So verurteilte zum Beispiel die Delegiertenkonferenz des SPD-Unterbezirks München die Kapitulationsreden Wehners und Erlers in der außenpolitischen Debatte des Böhner Bundestages und verlangte in der Resolution, die Zustimmung der rechten SPD-Führung zur NATO, zur westdeutschen Atombewaffnung rückgängig zu machen.

Durch solche Aussprachen mit den Belegschaftsangehörigen über politische Grundfragen in Verbindung mit den aktuellen Ereignissen erleichterten wir unseren Kollegen das Verständnis für die politischen Probleme, wie sie zum Beispiel im Deutschlandplan des Volkes dargelegt sind. Unsere Kollegen erkennen immer mehr, daß die Bevölkerung unserer Republik eine hohe Verantwortung für die Sicherung des Friedens hat und daß durch ihre Arbeitsleistungen die erforderliche Wende in Westdeutschland maßgeblich beeinflußt wird,

### **Kampf um das „Q“ für unsere Melkanlagen**

In den Aussprachen über die politischen Probleme machten viele Genos-